

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Neubauer, Mag. Schrangl  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **die Dringlichkeit von Maßnahmen gegen die Teuerung!**

eingebraucht in der 27. Sitzung des Nationalrates am 23. Mai 2014 zu Tagesordnungspunkt 1:  
Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (52 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017 geändert und das Bundesfinanzrahmengesetz 2015 bis 2018 erlassen wird (137 d.B.)

Die Teuerung in Österreich wird immer mehr zur Belastung für die Österreicherinnen und Österreicher. Während die Reallöhne seit Jahren sinken, und Lohnerhöhungen durch die kalte Progression „aufgefressen“ werden, sind die Haushalte mit ständig steigenden Preisen konfrontiert, die das Leben für viele kaum noch leistbar macht.

Die Inflationsrate ist in Österreich auch im April 2014 bei 1,7 Prozent geblieben. Österreich verzeichnete damit gemeinsam mit Rumänien die höchste Inflation in der EU, wo die Inflationsrate mit 0,8 Prozent weiterhin niedrig ist. Der stärkste Preisauftrieb ging dabei vom Bereich Wohnen, Wasser, Energie aus, so die Statistik Austria. (Die Presse, 15.05.2014)

Die Preisentwicklung des Lebensmittel-Warenkorbes im Zeitraum Februar 2013 bis Februar 2014 zeigt eindrucksvoll die drastische Entwicklung.

Während der Warenkorb in Wien im Vergleichszeitraum um 8,1 Prozent (7,10 Euro) teurer wurde, ist der Warenkorb beispielsweise in Berlin im gleichen Zeitraum um lediglich 1,2 Prozent (0,93 Euro) teurer geworden.

Der Grund für den starken Preisanstieg in Wien gegenüber dem Vorjahr liegt unter anderem an der Verteuerung bei Milchprodukten, Tiefkühlware, Hühnerkeulen und teilweise bei Obst- und Gemüse.

Diese Entwicklung führte mittlerweile dazu, dass der Lebensmittel-Warenkorb im Februar 2014 in Wien um sage und schreibe 24,6 Prozent (netto 20,8 Prozent) bzw. 18,69 Euro (netto 14,77 Euro) teurer war als in Berlin.

Der Warenkorb kostete im Februar 2014 in Wien 94,75 Euro (netto 85,72 Euro), in Berlin 76,05 Euro (netto 70,95 Euro).

Dazu kommen ständig steigende Gebühren, die die Bundesregierung durch gesetzliche normierte Valorisierungen bspw. im Gebührengesetz zu verantworten hat, und die Bevölkerung zusätzlich belasten.

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht weiter verwunderlich, dass immer mehr Menschen in die Armut abgleiten.

Laut Statistik Austria gibt in Österreich bereits rund 1,5 Millionen Armutsgefährdete, was einem Anteil von 18,5% der Gesamtbevölkerung entspricht.

Die Problematik hat die Bundesregierung zwar erkannt, wenn im Arbeitsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018 völlig zurecht festgeschrieben wurde, dass *viele Familien in Österreich spüren, dass ihre monatlichen Fixkosten stetig steigen und der Anteil des verbleibenden Haushaltseinkommens sinkt.*

Gegenmaßnahmen zur dringend notwendigen Entlastung der Familien sind jedoch bis dato ausgeblieben.

Aus den dargelegten Gründen stellen daher die unterfertigten Abgeordneten im Interesse aller von der Teuerung und exorbitanten Preisentwicklung belasteten Österreicherinnen und Österreicher nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend ein Maßnahmenpaket zur wirksamen Bekämpfung der Teuerung in Österreich im Sinne einer nachhaltigen Entlastung der österreichischen Bevölkerung vorzulegen.“

Schrey

Wagner

Wagner

Wagner